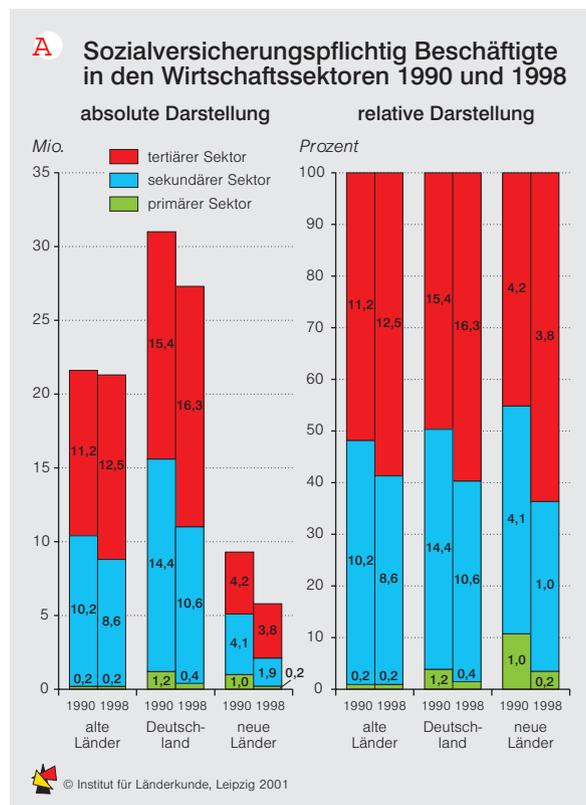


# Beschäftigungsentwicklung und -struktur

Paul Gans und Günter Thieme



Die deutsche Gesellschaft definiert sich in starkem Maße über die Erwerbstätigkeit. Diese sichert das Einkommen und bildet die Grundlage für den Wohlstand und die soziale Position des Einzelnen. Trotz dieser zentralen Bedeutung ist seit 1990 die Zahl der tatsächlich Erwerbstätigen rückläufig. Mehr als zwei Drittel von ihnen sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, d.h. Beamte,

Selbständige, mithelfende Familienangehörige oder geringfügig Beschäftigte sind zwar erwerbstätig, werden hier aber nicht mitgezählt. Der sektorale Wandel zugunsten der Dienstleistungen resultiert zwar auch aus dem Rückgang in der Land- und Forstwirtschaft <sup>1</sup>, entscheidend für den Arbeitsmarkt war jedoch der Beschäftigungsrückgang im verarbeitenden Gewerbe. In den neuen Ländern ging mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze im sekundären Sektor verloren. Für diese Deindustrialisierung waren u.a. der internationale Wettbewerbsdruck verantwortlich, der eine Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland beschleunigte, sowie die Produktivitätsfortschritte, die mit der Transformation des ökonomischen Systems besonders in den neuen Ländern einhergingen. Dort konnte jedoch der tertiäre Sektor nicht wie im früheren Bundesgebiet für einen gewissen Ausgleich an Arbeitsplätzen sorgen.

## Regionale Unterschiede in der Beschäftigungsentwicklung

Ein Blick auf Karte 3 lässt eine Beziehung zwischen der Siedlungsstruktur und der Beschäftigungsentwicklung vermuten. Zunahmen von über 6% bei den Arbeitsplätzen verzeichneten zwischen 1990 und 1998 der Nordwesten, vor allem das Umland von Hamburg und Bremen, sowie Regionen nördlich und westlich des Ruhrgebiets. Einen vergleichbaren Trend registrierten weniger verdichtete Gebiete in Rheinland-Pfalz, in Baden-Württemberg sowie im Süden

Bayerns. Ein Rückgang bzw. eine Stagnation lag in den großen Agglomerationen München, Rhein-Main, Rhein-Ruhr sowie in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen vor. Auffallend ist der starke Arbeitsplatzabbau in Baden-Württemberg, der nicht zuletzt ein Resultat der Rationalisierungsmaßnahmen in der Automobilindustrie ist.

Einer der Gründe für die regionalen Unterschiede in der Beschäftigungsentwicklung sind die Agglomerationsnachteile, die sich in Regionen mit überdurchschnittlich hoher Beschäftigungsquote bemerkbar machen. In Gebieten mit unterproportionaler Erwerbsbeteiligung fand dagegen eher ein Arbeitsplatzwachstum statt. In diesen Regionen ist der Arbeitsmarkt weniger angespannt und daher für Unternehmensansiedlungen interessanter als in Räumen mit hoher Beschäftigungsquote, wo die meisten Erwerbsfähigen im Alter von 15 bis 65 Jahren (z.B. Rhein-Main: 58%, München: 59%) einen Arbeitsplatz besitzen und somit eine strukturelle Arbeitskräfteknappheit mit höheren Lohnkosten existiert.

Weiterhin hat der ökonomische Strukturwandel Konsequenzen für das Beschäftigungssystem. Die Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie verringert sich, während der tertiäre Sektor an Gewicht gewinnt. In den neuen Ländern ist inzwischen der strukturelle Wandel des sekundären Sektors weitgehend abgeschlossen. Nach der Wende sind nur wenige industrielle Kerne wie die der Oberlausitz, in der Region von Chemnitz und Zwickau sowie in Südtüringen erhalten geblieben <sup>3</sup>. Neuinvestitionen in Verbindung mit einem hohen Produktivitätsfortschritt haben hier zwar wettbewerbsstarke Betriebe geschaffen, aber keine entsprechenden Beschäftigungseffekte erzielt. Im früheren Bundesgebiet spielt dagegen das verarbeitende Gewerbe nach wie vor eine große Rolle, auch wenn in den großen Agglomerationen mit ökonomischen Steuerungsfunktionen sowie in Regionen mit staatlichen Funktionen von nationaler Bedeutung der tertiäre Sektor dominiert. Diese Dominanz findet sich auch im Norden, wo entlang der Nord- und Ostseeküste der Tourismus eine wichtige ökonomische Basis bildet.

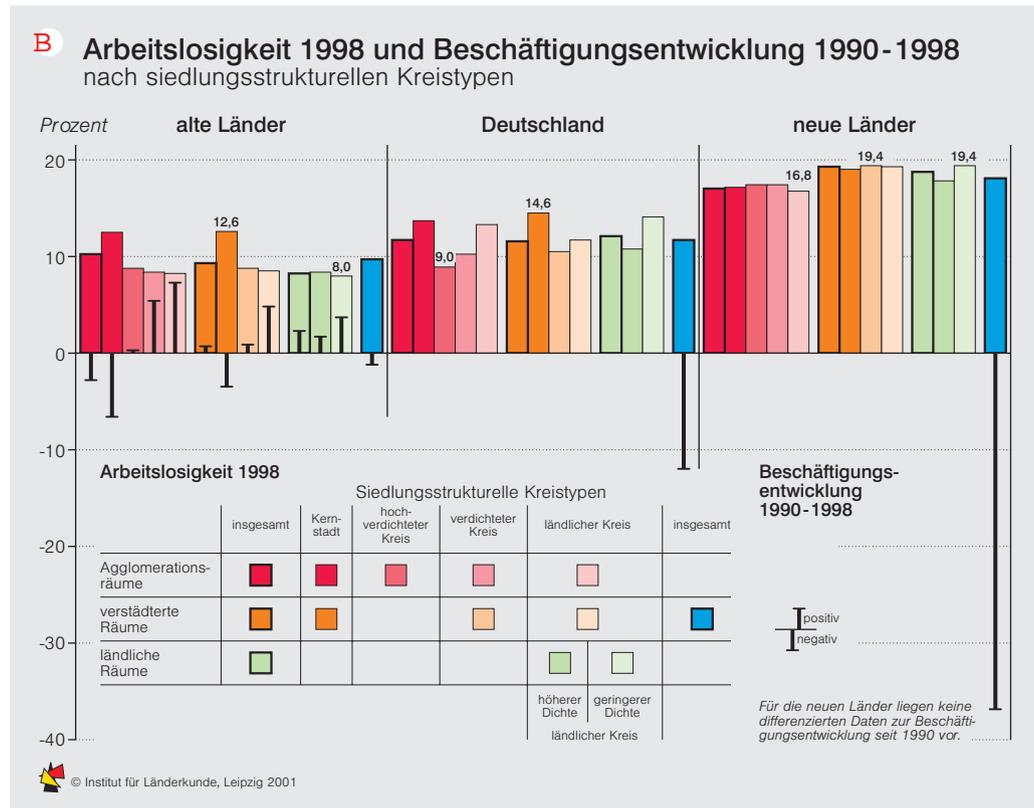
Der Strukturwandel wird von einem Infrastrukturausbau z.B. für schnelle Verkehrsverbindungen sowie von Verbesserungen in der Kommunikationstechnologie begleitet. Diese Neuerungen vergrößern die Alternativen bei Standortentscheidungen von Unternehmen und Haushalten sowie ihre Fähigkeiten, auf räumliche Differenzierungen – z.B. auf Veränderungen des Gewerbesteuerhebesatzes oder der Grundstücks-

preise – flexibel zu reagieren. Sowohl im Vergleich zwischen den Regionen als auch regionsintern schneidet mit abnehmender Siedlungsdichte die Beschäftigungsentwicklung und damit auch die Arbeitslosigkeit günstiger ab <sup>2</sup>.

In den neuen Ländern ist diese Beziehung zwischen Siedlungsstruktur und Beschäftigungssituation nicht zu erkennen. Die Agglomerationen weisen nicht nur eine unterdurchschnittliche Arbeitslosigkeit auf, sondern auch eine relativ hohe Beschäftigungsquote <sup>3</sup>. In den ländlichen Räumen wirkt sich die z.T. extrem niedrige Bevölkerungsdichte negativ auf das Arbeitskräfteangebot aus, das zu klein und zu wenig differenziert ist und damit auch zu geringe Absatzmöglichkeiten bietet. Weiterhin ist die Infrastrukturausstattung im Vergleich zu den wirtschaftlichen Kernräumen zurückgeblieben.

Ein weiterer Einflussfaktor für die Beschäftigungssituation ist die wachsende räumliche Trennung zwischen Arbeiten und Wohnen. So wies Frankfurt am Main von 1980 bis 1994 mit +3,1% die günstigste Arbeitsmarktbilanz der elf größten westdeutschen Städte auf, doch verzeichnete das Umland mit einem Plus von etwa 7% deutlich bessere Werte als die Kernstadt (BARTELHEIMER 1997). Dieser Sachverhalt verweist zum einen auf Standortkonkurrenzen, zum anderen auf Einpendler und die dahinter stehende Suburbanisierung (AA Beitrag Herfert, S. 116). Offenbar kann die Bevölkerung in den Großstädten immer weniger die qualitativen Anforderungen neuer Arbeitsplätze in den Kernstädten erfüllen. Die Folge ist, dass die in den Kernstädten konzentrierten sozial schwächeren Haushalte bei unterdurchschnittlicher Qualifikation immer geringere Chancen erhalten, die Arbeitslosigkeit oder die Anhängigkeit von der Sozialhilfe zu überwinden (AA Beitrag Horn/Lentz, S. 88). Dieser Trend wird durch den wachsenden Anteil ethnischer Minderheiten in den Großstädten auch aufgrund ihrer Funktion als stille Reserve auf dem Arbeitsmarkt noch verstärkt (ZARTH 1994; GANS 1997).

In Westdeutschland wird die Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft weiter fortschreiten und – wenn auch regional stark differenziert – Alternativen zum Beschäftigungsabbau in der Industrie bieten können. In den neuen Ländern dagegen hat sich der strukturelle Wandel inzwischen weitgehend vollzogen, so dass Chancen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit nicht aus sektoraler Kompensation resultieren können, sondern ausschließlich in einer Zunahme international wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze liegen.?



# Beschäftigungsstruktur 1998 und -entwicklung 1990 (92) - 1998 nach Raumordnungsregionen

